

Rechtsprechungsübersicht

Ausgabe November 2025

OBERLANDESGERICHT HAMM

www.olg-hamm.nrw.de

Inhalt

Rechtsprechung der Zivilsenate

Gesellschaftsrecht 1
Vertragsrecht 1

8. Senat 1
12. Senat 1

Rechtsprechung der Strafsenate

Auslieferungssache 4
Maßregelvollstreckung 9
Maßregelvollzug 5, 7
Strafprozessrecht 4, 5, 8
Strafvollzug 5
Strafrecht 4, 5, 6, 7, 9, 11

1. Senat 5, 7
2. Senat 4, 6, 7, 9, 11
3. Senat 4, 5, 8, 9

Rechtsprechung des Anwaltsgerichtshofs

Verwaltungsrechtliche Anwaltssache 12

1. Senat 12

Impressum

Herausgegeben von der Pressestelle des Oberlandesgerichts Hamm, 59061 Hamm. Verantwortlich: Richter am Oberlandesgericht Daniel Große-Kreul. Telefon 02381/272-4925, E-Mail: pressestelle@olg-hamm.nrw.de, Internet: www.olg-hamm.nrw.de.

Titelfoto: OLG Hamm

Bitte drucken Sie diese Rechtsprechungsübersicht nicht aus oder beschränken einen Ausdruck auf die tatsächlich von Ihnen benötigten Seiten.

Rechtsprechung der Zivilsenate

12 U 63/25

Hinweisbeschluss vom 15.10.2025

Vertragsrecht

Coaching, Fernunterricht, Existenzgründer als Verbraucher

1. Der zwischen den Parteien abgeschlossene Coaching-Vertrag ist ein Dienstleistungsvertrag. Es handelt sich nicht um Dienste höherer Art im Sinne des § 627 Abs. 1 BGB, da es an einem besonderen Vertrauensverhältnis fehlt.
2. Ein Fernunterrichtsvertrag liegt nur vor, wenn zwischen den Parteien eine individuelle Kontrolle des Lernerfolges durch den Lehrenden vereinbart ist. Davon ist nicht schon dann auszugehen, wenn der Anbieter der Coaching-Leistungen für Fragen zur Lösung von Problemen zur Verfügung steht.
3. Für die Frage, ob ein Existenzgründer als Verbraucher zu betrachten ist, kommt es nicht auf das Vorhandensein geschäftlicher Erfahrung an, sondern auf die objektiv zu bestimmende Zweckrichtung des Verhaltens. Der zwischen den Parteien abgeschlossene Coaching-Vertrag beinhaltet Hilfestellung zur Ausübung der geplanten unternehmerischen Tätigkeit und keine Informationen darüber, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Existenzgründung zu empfehlen ist. Er ist damit objektiv dem unternehmerischen Bereich zuzuordnen.

8 U 75/24

Urteil vom 25.06.2025

Gesellschaftsrecht

Beschlussmängelklage in der GmbH & Co. KG, anwendbare Vorschriften vor und nach Inkrafttreten des MoPeG, allgemeine Feststellungsklage nach der bis zum 31.12.2023 geltenden Rechtslage, Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage: Anfechtungsbefugnis des ausgeschiedenen Gesellschafters, Anfechtungsfrist und Passivlegitimation nach dem ab dem 01.01.2024 geltenden Recht, Auslegung des Gesellschaftsvertrages einer GmbH & Co. KG, streitiges Teilnahmerecht des freiwillig ausgeschiedenen Gesellschafters an

einer Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung über die Gesellschaftsfortführung

1. Erhebt der freiwillig durch ordentliche Kündigung aus einer GmbH & Co. KG ausscheidende Kommanditist eine Beschlussmängelklage, so bleibt hinsichtlich der auf einer Gesellschafterversammlung vor dem Inkraftttreten des MoPeG zum 01.01.2024 getroffenen Gesellschafterbeschlüsse die allgemeine, nicht fristgebundene, mangels abweichender gesellschaftsvertraglicher Regelungen gegen die übrigen Gesellschafter zu richtende Feststellungsklage gemäß § 256 Abs. 1 ZPO statthaft.
2. Demgegenüber ist für die Klage gegen die auf einer nach dem 01.01.2024 stattfindenden Gesellschafterversammlung gefassten Gesellschafterbeschlüsse die insoweit gegen die GmbH & Co. KG zu richtende und innerhalb einer Dreimonatsfrist zu erhebende Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage nach neuer Rechtslage gemäß §§ 110 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2, 112, 113, 114, 161 Abs. 2 HGB statthaft, auch wenn der Inhalt der Beschlüsse lediglich in der Bestätigung der in der vor dem 01.01.2024 erfolgten früheren Gesellschafterversammlung getätigten Beschlüsse besteht.
3. Im Rahmen der nach den Grundsätzen der subjektiven Auslegung gemäß §§ 133, 157 BGB vorzunehmenden Auslegung des Gesellschaftsvertrags einer GmbH & Co. KG ist es nicht zu beanstanden, wenn der Gesellschaftsvertrag nach deren Ergebnis regelt, dass der freiwillig ausscheidende Gesellschafter kein Stimmrecht und kein Teilnahmerecht in einer Gesellschafterversammlung hat, in der über die Frage der Fortsetzung der Gesellschaft durch die übrigen Gesellschafter beschlossen werden soll.
4. Der Komplementär-GmbH wird mit der Entscheidung über die Nichtfortführung der GmbH & Co.

KG regelmäßig nicht der satzungsmäßige Geschäftszweck entzogen. Gegenstand einer Komplementär-GmbH ist zwar regelmäßig die Geschäftsführung und Verwaltung der Kommanditgesellschaft. Hierbei handelt es sich aber nicht um einen Selbstzweck; vielmehr hängt der Unternehmensgegenstand der Komplementär-GmbH naturgemäß vom Betrieb der Kommanditgesellschaft ab.

Rechtsprechung der Strafsenate

3 Ws 391+395/25

Beschluss vom 21.10.2025

Strafprozessrecht

örtliche Zuständigkeit, zusammenhängende Strafsachen

1. Das angerufene Gericht darf ein Verfahren vor einem Gericht niederer Ordnung in seinem Bezirk nur eröffnen, wenn hierfür auch eine örtliche Zuständigkeit begründet ist.
2. Handelt es sich nicht um zusammenhängende Strafsachen, kann eine von der Staatsanwaltschaft dessen ungeachtet vorgenommene Verfahrensverbindung eine örtliche Zuständigkeit des angerufenen Gerichts nicht begründen.
3. Besteht für einen von mehreren Angeschuldigten keine örtliche Zuständigkeit des angerufenen Gerichts, ist die Abtrennung des Verfahrens in Bezug auf diesen Angeschuldigten durch das Gericht geboten.
4. Ergibt sich im Zwischenverfahren, dass das angerufene Gericht örtlich unzuständig ist, so hat es sich durch Beschluss für unzuständig zu erklären, ohne eine Entscheidung über die Eröffnung oder Nichteröffnung zu treffen.

2 OAus 199/25

Beschluss vom 16.10.2025

Strafrecht Auslieferungssache

Antrag auf gerichtliche Entscheidung (§ 119a StPO) und vorläufige Anordnung bei behördlichen Maßnahmen im Vollzug der Auslieferungshaft

1. Für den Vollzug der Auslieferungshaft findet über § 27 Abs. 1 IRG auch § 119a StPO Anwendung.
2. Der Antrag eines Inhaftierten auf Erlass einer vorläufigen Anordnung gemäß § 119a Abs. 2 S. 2 StPO ist nur bei vorheriger oder gleichzeitiger Beantragung einer gerichtlichen Entscheidung nach § 119a Abs. 1 StPO zulässig.

3. Die Bestellung eines Beistands gemäß § 40 IRG erstreckt sich auch auf einen Antrag nach den §§ 27 Abs. 1 IRG, 119a Abs. 2 S. 2 StPO.

3 ORs 42/25

Beschluss vom 14.10.2025

Strafrecht
Strafprozessrecht

Sozialleistungsbetrug, Wirksamkeit der Berufungsbeschränkung auf den Rechtsfolgenausspruch, Strafzumessungsentscheidung des Revisionsgerichts, Teileinstellung des Verfahrens

1. Hat das Amtsgericht bei einer Verurteilung wegen Sozialleistungsbetrugs Feststellungen insbesondere zur Höhe des beim Sozialleistungsträgers tatsächlich eingetretenen Schadens getroffen, steht es einer wirksamen Beschränkung der Berufung auf den Rechtsfolgenausspruch nicht entgegen, wenn nach den getroffenen Feststellungen im Übrigen nicht überprüfbar ist, ob das Amtsgericht eine zutreffene Subsumtion unter die anwendbaren sozialrechtlichen Vorschriften vorgenommen hat.
2. Stellt das Revisionsgericht das Verfahren im Hinblick auf eine einzelne Tat nach § 154 Abs. 2 StPO ein, kann es eine neu zu bestimmende Gesamtstrafe nicht selbst im Rahmen von § 354 Abs. 1a StPO zumessen.

1 Vollz 422-425/24

Beschluss vom 09.10.2025

Maßregelvollzug
Strafvollzug

gerichtliche Vertretungsbefugnis nach §§ 120 Abs. 1 S. 2 StVollzG, 138 Abs. 2 stopp, Voraussetzungen der Fesselung nach § 33 Abs. 1 StrUG NRW

1. Im Verfahren nach §§ 109 ff StVollzG ist die gerichtliche Vertretungsbefugnis für "andere Personen" als die in § 138 Abs. 1 StPO genannten nach § 120 Abs. 1 S. 2 StVollzG i. V. m. § 138 Abs. 2 StPO zu beurteilen.
2. Voraussetzung für die Anordnung einer Fesselung nach § 33 Abs. 1 S. 1 StrUG NRW ist, dass von dem Gefangenen in erhöhtem Maße die Gefahr der Entweichung, von Gewalttätigkeiten gegen

Personen oder Sachen oder die Gefahr der Selbstverletzung oder Selbsttötung besteht. Entsprechend den für § 69 Abs. 1 StVollzG NRW geltenden Maßstäben setzt eine erhöhte Gefahr der Entweichung dabei eine an konkreten Anhaltspunkten belegte und individuell zu beurteilende Fluchtgefahr voraus, die über die allgemein bei Gefangenen naheliegende Fluchtvermutung hinausgeht und auch die gemäß § 53 Abs. 1 StVollzG NRW der Gewährung von Vollzugslockerungen entgegenstehende Fluchtgefahr übersteigt.

3. Bei den Eingriffsvoraussetzungen des § 33 Abs. 1 S. 1 StrUG NRW handelt es sich um unbestimmte Rechtsbegriffe. Bei der Feststellung der „Gefahr" als zentralem Element der Eingriffsvoraussetzungen muss der Anstalt dabei ein Beurteilungsspielraum zugestanden werden, da es sich insoweit um eine Prognoseentscheidung handelt, in die eine Vielzahl vollzuglicher und behandlerischer Erfahrung und Menschenkenntnis des Vollzugspersonals einzufließen hat, die einer vollen gerichtlichen Überprüfung nicht zugänglich sind.

2 Ws 40/25

Beschluss vom 09.10.2025

Strafrecht
Vollstreckungshilfe

Vollstreckungsübernahme, Zulässigkeitsvoraussetzungen, Bewilligungshindernisse

1. Eine Entschließung der Staatsanwaltschaft über die vorläufige Bewilligung der Vollstreckung eines ausländischen Erkenntnisses (§ 84e IRG) ist im gerichtlichen Verfahren gemäß § 84g Abs. 3 S. 1 Nr. 2 2. Alt IRG aufzuheben, wenn von der Staatsanwaltschaft keine ausreichenden Bemühungen zu einer Einigung mit der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaates darüber erfolgt sind, inwieweit ein nur teilweise vollstreckbares Erkenntnis vollstreckt werden soll (§ 84d Nr. 5 IRG).

2. Eine solche Bewilligungsentscheidung ist im Übrigen verfrüht, wenn die Zulässigkeitsvoraussetzungen für eine Übernahme der Vollstreckung noch nicht abschließend vorlagen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn noch ungeklärt ist, ob ein

Verfahren zur Beendigung des Aufenthalts durchgeführt wird (§ 84a Abs. 1 Nr. 3a IRG), oder ob die verurteilte Person zu der Verhandlung, die dem Erkenntnis zugrunde liegt, nicht persönlich erschienen ist (§ 84b Abs. 1 Nr. 2 IRG) und ob gegebenenfalls einer der Ausnahmetatbestände gemäß § 84b Abs. 3 IRG vorliegt.

2 ORs 40/25

Beschluss vom 25.09.2025

Strafrecht

Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Nötigung, Androhung der Anwendung unmittelbaren Zwangs, Identität der prozessualen Tat

1. Es handelt sich um einen einheitlichen Lebenssachverhalt im Sinne einer prozessualen Tat (§ 264 StPO), wenn der Angeklagte einen Fanmarsch blockiert und anschließend Widerstand gegen eine polizeiliche Maßnahme leistet, die eine unmittelbare Reaktion auf diese Blockade darstellt.
2. Bei der polizeilichen Anwendung unmittelbaren Zwangs (z.B. gem. § 55 Abs. 1 PolG NRW) stellt deren Androhung grundsätzlich eine wesentliche Förmlichkeit dar, deren Nichtbeachtung die Diensthandlung nach § 113 Abs. 3 S. 1 StGB unrechtmäßig macht, sofern nicht die Androhung (ggf. gemäß § 56 Abs. 1 S. 3 PolG NRW) ausnahmsweise entbehrlich ist (vgl. OLG Dresden, Beschluss vom 01.08.2001 - 3 Ss 25/01 -).

1 Vollz 153/25

Beschluss vom 19.09.2025

Maßregelvollzug

Verfügungsbeschränkungen durch Allgemeinverfügung hinsichtlich des Umgangs mit Bargeld, Gefahr im Sinne des § 27 Abs. 3 StrUG NRW

1. Bei der Gefährdung der Sicherheit oder Ordnung im Sinne von § 27 Abs. 3 StrUG NRW handelt es sich um unbestimmte Rechtsbegriffe ohne Beurteilungsspielraum, die gerichtlich voll nachprüfbar sind, und die nicht nur die Vollzugsbehörde, sondern auch die Strafvollstreckungskammer bei

der konkretisierenden Anwendung in tatsächlicher Hinsicht hinreichend vollständig ausfüllen müssen.

2. Unter den Gefahrenbegriff des § 27 Abs. 3 wie auch des Absatzes 2 StrUG NRW fallen konkrete, aber auch abstrakte Gefahren. Bei der konkreten Gefahr ist auf den zu beurteilenden konkreten Einzelfall abzustellen, eine abstrakte Gefahr ist gegeben, wenn aus bestimmten Handlungen oder Zuständen nach den Erfahrungen des täglichen Lebens oder nach den Erkenntnissen fachkundiger Stellen mit hinreichender Wahrscheinlichkeit im konkreten Einzelfall Schäden an dem geschützten Rechtsgut einzutreten pflegen und daher Anlass besteht, dieser Gefahr mit generell-abstrakten Mitteln, also einem Rechtssatz, zu begegnen. Wird ein schwerwiegender Schaden befürchtet, ist keine erhöhte Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts vorauszusetzen, sondern es genügt eine gewisse Wahrscheinlichkeit. In tatsächlicher Hinsicht verlangt auch die abstrakte Gefahr eine genügend abgesicherte Prognose, das heißt, es müssen bei der gebotenen generell-abstrakten Betrachtungsweise hinreichende Anhaltspunkte vorhanden sein, die den Schluss auf den drohenden Eintritt von Schäden für das jeweils geschützte Rechtsgut rechtfertigen.

3 Ws 356/25

Beschluss vom 18.09.2025

Strafprozessrecht

psychosoziale Prozessbegleitung, Beiordnung, Beschwerderecht, Rechtsschutzbedürfnis

1. Die Möglichkeit der psychosozialen Prozessbegleitung dient auch der Verbesserung der Qualität von Zeugenaussagen durch Abbau von Ängsten und Stabilisierung des Zeugen sowie der Stärkung der Aussagetüchtigkeit des Verletzten und beachtet damit auch die Belange der Justiz.

2. Wenn der Antrag eines Zeugen auf Beiordnung einer psychosozialen Prozessbegleitung abgelehnt worden ist, können sowohl der Antragsteller als auch die Staatsanwaltschaft Beschwerde einlegen.

2 ORs 47/25

Beschluss vom 11.09.2025

Strafrecht

Ablehnung eines bedingten Beweisantrags, Feststellung von Prozessvoraussetzungen im Freibeweisverfahren

1. Die Rüge der fehlerhaften Behandlung eines Beweisantrags erfordert gemäß § 344 Abs. 2 S. 2 StPO gegebenenfalls den Vortrag, ob bzw. unter welcher Bedingung der Antrag gestellt worden ist, um dem Revisionsgericht die Prüfung zu ermöglichen, ob dessen Ablehnung nur durch einen Beschluss gemäß § 244 Abs. 6 S. 1 StPO unter den Voraussetzungen des § 244 Abs. 3 StPO erfolgen durfte (vgl. BGH, Beschluss vom 17.03.2021 – 4 StR 540/20 -, juris). An eine in diesem Zusammenhang zudem erhobene Aufklärungsrüge können insofern nicht geringere Anforderungen gestellt werden.
2. Die Feststellung des Vorliegens eines wirksamen Strafantrages erfolgt im Freibeweisverfahren; die Grundsätze der Mündlichkeit, Unmittelbarkeit und Öffentlichkeit finden insofern keine Anwendung. Allein der Grundsatz der Gewährung rechtlichen Gehörs kann es gebieten, das Ergebnis von diesbezüglichen Beweiserhebungen im Freibeweis zum Gegenstand der mündlichen Verhandlung zu machen (vgl. KG Berlin, Beschluss vom 20.08.2021 - (2) 121 Ss 92/21 (14/21) -, Rn. 4 f. m.w.N., juris).

3 Ws 267/25

Beschluss vom 04.09.2025

Maßregelvollstreckung

Ausreichende Betreuung in der Sicherungsverwahrung, umfassende Behandlungsuntersuchung

1. Die Frage, ob eine (erstmalige) Behandlungsuntersuchung im Sinne von § 66c Abs. 1 Nr. 1 StGB überhaupt, ordnungsgemäß und rechtzeitig stattgefunden hat und ob insoweit die dem Sicherungsverwahrten hieraufhin angebotene Betreuung ggf. nicht den gesetzlichen Vorgaben entsprach, ist in dem erstmaligen Überpüfungsver-

fahren nach § 67e StGB zu überprüfen. Für nachfolgende Überprüfungsverfahren kommt es dann darauf an, ob die für den relevanten Überprüfungszeitraum geltenden Vollzugspläne auf hinreichender Erkenntnisgewinnung beruhen und ob insoweit irgendwelche Betreuungsdefizite vorliegen.

2. Ein Mangel oder selbst ein (schwer vorstellbares völliges) Fehlen einer (erstmaligen) Behandlungsuntersuchung führt nicht automatisch zur Fehlerhaftigkeit von Vollzugsplanfortschreibungen und erst recht nicht automatisch zu Defiziten in der angebotenen Betreuung in späteren Überprüfungszeiträumen nach § 67e StGB.
3. Mit der Behandlungsuntersuchung im Sinne von § 66c Abs. 1 Nr. 1 StGB ist keine (ärztliche) „Untersuchung" im herkömmlichen Sinne gemeint, die regelmäßig wenige Minuten oder Stunden dauert. Vielmehr handelt es sich um eine „umfassende" Untersuchung, die sich regelmäßig über einen längeren Zeitraum erstreckt und deren Dauer auch davon abhängt, inwieweit der Betroffene hierbei mitwirkt. Diese umfassende Untersuchung hat einen prozesshaften, keinen punktuellen, Verlauf und dauert bis zur Erstellung des auf ihr beruhenden Vollzugsplans.
4. Da der Verurteilte zu einer Mitwirkung nicht gezwungen werden kann, ist es unter Umständen zulässig und geboten, die Behandlungsuntersuchung allein auf die Aktenlage und die allgemeinen Beobachtungen des Verhaltens des Verurteilten im Vollzug zu stützen.
5. Die erstmalige Behandlungsuntersuchung muss spätestens zu Beginn des Vollzugs der Sicherungsverwahrung erfolgen. Eine Analyse des Lebenswegs, der Delinquenz und des bisherigen Vollzugs sowie eine Analyse der Gefährlichkeit und des individuellen Behandlungsbedarfs während der Strafvollstreckung in der Justizvollzugsanstalt oder auf der sozialtherapeutischen Abteilung der Justizvollzugsanstalt kann Teil der erstmaligen Behandlungsuntersuchung sein.

2 OAus 182/25

Beschluss vom 21.08.2025

Strafrecht

Endgültige Verfahrenseinstellung gemäß § 153a Abs. 1 StPO als verfahrensabschließende Entscheidung im Sinne des § 83 Abs. 1 Nr. 1 IRG

1. Soweit wegen derselben Tat ein inländisches Strafverfahren gemäß § 153 a Abs. 1 StPO endgültig eingestellt worden ist, handelt es sich - wie sich bereits aus § 9 Nr. 1 IRG ergibt - um eine der Auslieferung entgegenstehende verfahrensabschließende Entscheidung im Sinne des § 83 Abs. 1 Nr. 1 IRG.

2. Ob einem Auslieferungsersuchen in diesem Sinne dieselbe Tat zugrunde liegt, ist autonom nach europarechtlichen Maßstäben zu bestimmen. Hierbei kommt es maßgeblich auf die Identität der materiellen Tat an, wobei dies als Vorhandensein eines Komplexes konkreter, unlösbar miteinander verbundener Umstände unabhängig von der rechtlichen Qualifizierung der Tat oder von dem geschützten rechtlichen Interesse in den jeweils beteiligten Mitgliedstaaten zu verstehen ist. Anhaltspunkte zur näheren Bestimmung des unlösbaren Zusammenhangs der Tatumstände können die zeitliche und räumliche Nähe der Umstände (Tatzeit, Tatort, Täter, Tatobjekt) sowie die Verbundenheit im Hinblick auf ihren Zweck sein (vgl. EuGH, Urteil vom 18.07.2007, Az. C-367/05, BeckRS 2007, 70526 (Kraaijenbrink) Tz. 27, 36).

Rechtsprechung des Anwaltsgerichtshofs

1 AGH 16/25

Urteil vom 15.08.2025

Verwaltungsrechtliche Anwaltssache

Akteneinsichtsrecht § 58 Abs. 2 BRAO

§ 58 Abs. 2 BRAO begründet bei elektronischer Aktenführung in aller Regel keinen Anspruch auf persönliche Einsichtnahme in die Akte. Grundsätzlich genügt die Übersendung der Akte in elektronischer oder in ausgedruckter Form (unter Aufgabe der Rechtsprechung in 1 AGH 30/17).